

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

28.5.1932 (No. 122)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition
Karlsruher Zeitung
Karlsruher Straße Nr. 14
Telefon Nr. 363
und 364
Postfach Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Stichtagsbericht
Chefredakteur
G. Knecht,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Sonntags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 am Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen halber Rabatt, der als Rabattabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Inneren berechnet. Bei Mängelrügen, unangewiesener Verteilung und Kontroversen fällt der Ansat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Betriebsänderung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Zulieferer keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung zu irgendwelcher Zeit übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanbahnregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Wiediebadische Gefangenenerfürgung entfiand

Bei der Hundertjahrfeier, die bekanntlich in diesen Tagen in Heidelberg stattfand und über welche wir in der Mittwochnummer berichteten, machte der Vorsitzende des badischen Landesverbandes für Jugendhilfe, Gerichtshilfe und Gefangenenerfürgung, Ministerialrat Dr. Umhauer, einige interessante Angaben.

Danaoh ging die erste Anregung vor hundert Jahren von dem bekannten Heidelberger Rechtsgelehrten Karl Mittermaier aus, der eine Denkschrift erscheinen ließ über „Bildung eines Vereins zur Verbesserung des Gefängniswesens im Großherzogtum Baden“. Er verwies auf England und Nordamerika und auf die dort gemachten Fortschritte. Die in Baden zu gründenden privaten Vereine müßten in ständiger Verbindung mit den Direktoren und Leitern der Strafanstalten und Gefängnisse stehen.

Und so geschah es! Mittermaier hat auch den ersten Satzungsentwurf ausgearbeitet. Als Vereinsaufgabe war bezeichnet: „Verschaffung eines rechtlichen Erwerbs nach der Entlassung für die Sträflinge, Fürsorge für die Familie während der Strafzeit und Gewöhnung des Straftatens an eine geregelte Lebensweise.“

Lokal- und Bezirksvereine werden gegründet; eine gedeihliche Gleichförmigkeit im Wirken der Vereine wird angestrebt. Die Lokalvereine befinden sich am Sitze einer jeden Strafanstalt, die Bezirksvereine am Sitze eines jeden Amtes. Drei Monate vor der Entlassung des Sträflings wird der Bezirksverein vom Lokalverein unterrichtet. Jedem Entlassenen wird aus der Zahl der Vereinsmitglieder ein Aufseher bestimmt, an den er sich in allen Angelegenheiten, die sein weiteres Fortkommen betreffen, wenden kann.

Im November 1831 war in Konstanz der erste Bezirksverein entstanden; es folgte im Jahre darauf die Gründung von weiteren 15 Bezirks- und 3 Lokalvereinen, so daß das Jahr 1832 als das eigentliche Gründungsjahr der badischen Gefangenenerfürgung angesehen werden kann.

Jahre vergehen, die Aufgaben wachsen, aber auch die Zahl der Bezirksvereine wird größer. Es bestehen ihrer bald 80. Die Zahl der Mitglieder hat bei Kriegsanfang rund 18 000 erreicht. Das ist löblich! Viele Not und Sorge der entlassenen Gefangenen haben die Vereine behoben.

Vor Beginn der Inflation besaßen die Bezirksvereine ein Vermögen von rund 200 000 Mark, das leider ein Opfer der damaligen Zeit wurde. Es sollte zur Schaffung von sogenannten Übergangsheimen für die zu entlassenden Gefangenen dienen. Heute besitzen die Bezirksvereine ein Gesamtvermögen von 82 000 Mark, der Landesverband ein solches von etwas über 20 000 Mark. Dieser Vermögensgrundstoß sichert die Erfüllung der Vereinsaufgaben auch in der gegenwärtigen schweren Zeit.

Die Fürsorge für die weiblichen Gefangenen hatte man zunächst dem Badischen Frauenverein überlassen; man erkannte jedoch, daß der Kreis der weiblichen Personen, die zu betreuen waren — es handelte sich hauptsächlich um Dirnen —, von den im Frauenverein tätigen Persönlichkeiten weniger leicht zu erfassen waren, und deshalb wurde im Jahre 1889 die Fürsorge für die weiblichen Entlassenen ebenfalls auf die Schutzvereine übernommen.

Eine besonders bemerkenswerte Art der Fürsorge für die Familien Gefangener betreibt seit etwa 1900 der Freiburger Bezirksverein. Er pflegt die Angehörigen der bedürftigsten Strafgefangenen der Freiburger Strafanstalten anlässlich des Weihnachtsfestes zu besuchen. Dann eifriger Werbetätigkeit für dieses Liebeswerk geht der Wert der jährlichen Weihnachtsgabe seit einigen Jahren jeweils in die Tausende (1928 etwa 1600, 1929 2800, 1930 2300 Mark).

Bei der Schaffung der Fürsorge für die Jugendlichen hat die Zentralleitung der badischen Schutzvereine ebenfalls entscheidend mitgewirkt. Heißt es doch in den Satzungen: „Den entlassenen Jugendlichen ist besondere Aufmerksamkeit zu widmen.“ Im Jahre 1889 eröffnete der Landesverband eine Anstalt für besonders schwierige männliche Zöglinge in Flehingen und eine entsprechende Anstalt für weibliche Zöglinge in Säckingen. Die Flehinger Anstalt wurde 1900 vom Staat übernommen, die Säckinger Anstalt ging 1902 unter Verlegung nach Bretten in den Besitz der Inneren Mission über.

Sogar ein Anwesenheim errichtete der Freiburger Bezirksverein im Jahre 1912, da als Übergangsheim für männliche jugendliche Straftatensene noch heute besteht. Der Bezirksverein Karlsruhe ahnte dieses gute Beispiel nach und schuf

Letzte Nachrichten

Der Ansbilfskredit der Reichsbank

Frankreich — Der Zinsfuß — Die Tilgung
GWB. Paris, 28. Mai. (Priv.-Tel.) Die Frage der Verlängerung des internationalen Revidentkredit der Reichsbank soll auf der nächsten Sitzung der Bank von Frankreich erörtert werden.

Die Verlängerung des französischen Anteiles in diesem 90-Millionen-Dollar-Kredit macht insofern gewisse Schwierigkeiten, als die Regierung Tardein der Ansicht ist, daß sie nicht mehr befaht sei, eine Entscheidung in dieser Angelegenheit zu treffen und getra die Verantwortung dafür der kommenden Regierung, d. h. Herriot, überlassen möchte. Trotzdem nimmt man in hiesigen Finanzkreisen an, daß die Verlängerung schließlich erfolgen werde.

Es fragt sich nur, ob es der Reichsbank gelingen wird, eine neue Herabsetzung des Zinsfußes, der schon einmal von 8 auf 6 Proz. herabgesetzt worden ist, zu erreichen. Die Reichsbank wünscht eine neue Senkung auf 5 Proz. Dieser Wunsch stößt auf Schwierigkeiten, und zwar nicht nur bei der Bank von Frankreich, sondern auch bei den anderen kreditgebenden Notenbanken.

Gingegen scheint die Frage der von einigen Kreditgebern und namentlich von der Bank von Frankreich gewünschten neuen teilweisen Tilgung des Kredites an Aktualität eingebüßt zu haben, da die Erkenntnis an Boden gewonnen hat, daß die augenblickliche Devisenlage der Reichsbank ihr eine derartige, wenn auch geringfügige Tilgungsquote schwer möglich machen könnte.

Gedinnergsfeier an das Hambacher Fest

Rundgebung auf dem Schloß
D. Neustadt a. d. H., 28. Mai. (Tel.) Zur Erinnerung an das Hambacher Fest im Jahre 1832 veranstaltete die Arbeitsgemeinschaft der Pfälzischen Presse unter starker Beteiligung der Journalisten des ganzen Reiches auf dem Hambacher Schloß, der historischen Stätte der damaligen Einigungskundgebung, eine große Volksfeier, die mit dem gemeinsamen Gesang des Liedes von Dr. Siebenpfeiffer „Hinauf, Patrioten, zum Schloß, zum Schloß!“ eingeleitet wurde.

Chefredakteur Franz Hartmann, Neustadt, sprach die Begrüßungsworte. Nach dem Gesang der Männerchöre „Freiheit“ und „Vaterland“ hielt Dr. Theodor Henk, Berlin, eine bedeutungsvolle Gedenkrede. Den Schluß der würdig verlaufenen Gedenkfeier bildete der gemeinsame Gesang des Liedes aller Deutschen.

Vorher hatte vor dem Casinotheater in Neustadt eine Rundgebung der Heidelberger Studentenenschaft, die beim Hambacher Fest führend beteiligt war, stattgefunden, bei welcher Prof. Dr. von Eckardt, Heidelberg, einen historischen Rückblick auf die Ereignisse von 1832 gab.

Beschuldigungen gegen den Bürgermeister von New York

NEW YORK, 28. Mai. (Tel.) In den Morgenblättern, die in den letzten Tagen über Bürgermeister Walters Vernehmung vor dem von der Staatslegislatur eingesetzten städtischen Untersuchungsausschuß mit größter Ausführlichkeit berichteten, werden Walters Aussagen über die ihm von verschiedenen Seiten gemachten Geldgeschenke im Gesamtbetrag von einer Viertelmillion Dollars äußerst kritisch behandelt. „Derald Tribune“ schreibt im Leitartikel, Walters Erklärungen über seine Geldangelegenheiten muteten selbst seinen unentwegten Bewunderern allzuviel Leichtgläubigkeit zu.

Der Ansbilfsche Landtag nahm am Freitag ein Amnestiegesetz der neuen Regierung an, durch das für politische Vergehen Straffreiheit gewährleistet wird.

Vor Ausbruch des Krieges ein ähnliches Heim, das im Jahre 1919 in das Jagdschloßchen Stutensee bei Blankenloch verlegt wurde. Es hat sich zu einer bedeutungsvollen Fürsorgeanstalt für schulentlassene männliche Zöglinge entwickelt. Im Jahre 1930 hat es der Landesverband übernommen, es wird von ihm seither weitergeführt.

Zu den sonstigen schweren Aufgaben ist in letzter Zeit noch die Gerichtshilfe getreten; ein Zweig der Fürsorge, der erst noch auszubauen ist.

So hat der Verein auf allen Gebieten des Strafwesens zu helfen gesucht und in seiner hundertjährigen Tätigkeit sicher viel Gutes geleistet. Mit Recht bemerkte Dr. Umhauer in seinem kurzen Bericht in Heidelberg: „Ihren Lohn trug diese Arbeit in sich selbst.“ Wir verweisen noch auf die verdienstvolle Feilschrift des Regierungsrats Dr. Winkler: „Hundert Jahre Gefangenenerfürgung in Baden“, die anlässlich der Feier kürzlich herausgegeben wurde.

Die Ansbilfsche Heidelberg hat die Arbeit der Gefangenenerfürgung noch im besonderen dadurch anerkannt, daß sie dem Leiter des Freiburger Gefängnisses, dem Oberregierungsrat Rühl, am vorigen Dienstag den Ehren doktor verlieh.

* Zur politischen Lage

Reichspräsident und Kanzler

Durch Staatssekretär Dr. Meißner, der in Neudeck beim Reichspräsidenten weilte, ist das Kabinett über die Wünsche unterrichtet worden, die Herr von Hindenburg in bezug auf die neue Notverordnung hegt. Diese Wünsche sind dann den betreffenden Ministerien zugeleitet worden, damit sie in den Entwurf der Notverordnung hineinverarbeiten werden. Morgen oder übermorgen wird der Reichskanzler den inzwischen wieder nach Berlin zurückgekehrten Reichspräsidenten zur Vortragsverstattung beschicken.

Wie es heißt, sollen sich die Wünsche Hindenburgs von allem darauf bezogen haben, daß die Möglichkeiten der Enteignung durch einen verstärkten Rechtsschutz mehr eingeschränkt werden, daß bessere Möglichkeiten für die Anhörung der Berufsstände getroffen werden, und daß die geplante Siedlung in einer besonderen Hand zusammengefaßt wird. Schließlich sollen auch die Kriegskrenten nicht noch weiter gekürzt werden.

Neben der neuen Notverordnung und ihrer endgültigen Fassung wird natürlich auch die personelle Frage einer Umwandlung oder Ergänzung des Reichskabinetts und im Zusammenhang damit eine allgemeine Beurteilung der innen- und außenpolitischen Lage die Unterredung zwischen dem Reichspräsidenten und dem Kanzler beherrschen. Die sich mehr und mehr verstärkende Agitation der kommunistischen Partei innerhalb und außerhalb der Parlamente hat zu ernstern Besorgnissen Anlaß gegeben. Und man will deshalb, wie es scheint, das Reichsinnenministerium mit einer Persönlichkeit besetzen, die im ganzen Lande große Autorität besitzt und gleichzeitig über ein bedeutendes Maß von Energie verfügt. Wer das Reichswirtschaftsministerium und das Reichswehrministerium zu übernehmen hätte, ist bis jetzt noch nicht bekannt. Die Außenpolitik wird wohl einstweilen vom Reichskanzler selbst geleitet werden, so daß also Dr. Brüning auch in Lausanne die Vertretung der deutschen Interessen an erster Stelle übernehmen wird.

Nach Lage der Dinge ist kaum anzunehmen, daß sich das Vertrauensverhältnis zwischen Hindenburg und Brüning irgendwie ernstlich gewandelt hat. Der Kanzler ist noch immer bereit gewesen, auf besondere Wünsche des Reichspräsidenten zu achten, und man kann sich kaum vorstellen, daß die beiden Männer in den entscheidenden Fragen der Innen- und Außenpolitik so sehr entgegengelegter Meinung sein könnten, daß eine Zusammenarbeit nicht mehr möglich ist. Im großen und ganzen wird wohl bei Beiden die Ansicht bestehen, daß es am zweckmäßigsten ist, die Politik im Innern und nach Außen auf der bisherigen Linie fortzuführen und alle Kräfte zu sammeln, die eine Fortführung dieser Politik garantieren. Praktisch würde das bedeuten, daß die Rechtsopposition auch weiterhin nicht zum Zuge kommt und in ihrer Oppositionsstellung beharrt.

Die Vorgänge in Preußen

Die Ereignisse in der Mittwochssitzung des Preussischen Landtags haben, wie offen erklärt wird, die Neigung des Zentrums zu einer Koalition mit den Nationalsozialisten noch mehr verringert. Der nationalsozialistischen Parteileitung sind die Vorgänge hernach wohl selbst in einem recht unangenehmen Licht erschienen. Denn sie gibt sich in einer öffentlichen Erklärung alle Mühe, die moralische Verantwortung dafür einzig und allein den Kommunisten zuzuweisen, und betont nachdrücklich, daß die Nationalsozialisten durchaus gewillt seien auf legalem Boden positive Politik zu treiben und den Preussischen Landtag arbeitsfähig zu erhalten. Die Fraktion habe am Mittwoch lediglich vom Rechte der Notwehr Gebrauch gemacht; die „Zeiten seien endgültig vorbei, in denen man die Nationalsozialisten tötlich angreifen konnte, ohne daß sie sich dagegen wehren“.

Die nächste Sitzung des Preussischen Landtags wird am 1. Juni stattfinden. Die Nationalsozialistische Fraktion wird dann die beste Gelegenheit haben, zu beweisen, ob es ihr mit jenen Versicherungen ernst ist. Die Situation wird für sie insofern leichter sein, wie am letzten Mittwoch, als die Kommunisten nach den schlechten Erfahrungen, die sie gemacht haben, wohl kaum auf neue Provokationen verfaßten sein dürften. Im übrigen läßt sich die

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 25. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags

Art und Weise, wie man auf Provokationen reagiert, ja auch noch immer in kluger Weise dosieren.

Eigentlich hat ja die Erklärung der Nationalsozialisten, daß sie für die Prügelei am Mittwoch nicht verantwortlich gemacht werden wollen und praktische Arbeit im Parlament wünschen, einigermaßen überraschen müssen. Denn man weiß zur Genüge, daß den Nationalsozialisten im Grunde am Parlamentarismus nichts liegt, und daß sie, da im „Dritten Reich“ ganz andere, staatsrechtliche Konstruktionen vorgesehen sind, eine Diskreditierung des heutigen Parlamentarismus keineswegs ungern sehen. Aber immerhin wird man das Bestreben zu sachlicher Arbeit, das aus jener parteiamtlichen Erklärung spricht, zu beachten haben.

Bei alledem darf man die Bedeutung dieser Dinge, wie wir schon neulich hervorhoben, auch nicht überschätzen. Die für die Entwicklung der nächsten Zukunft maßgebende Entscheidung fällt in der Unterredung zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler. Von ihr wird es abhängen, ob man in Preußen überhaupt an die Möglichkeit einer Koalition zwischen Zentrum und Nationalsozialisten denken kann oder nicht. Wir haben bereits oben der Meinung Ausdruck gegeben, daß jene Entscheidung doch wohl nur im Sinne einer Fortführung der bisherigen Politik fallen kann. Damit würden alle Koalitionsgespräche von vornherein zur Aussichtslosigkeit bestimmt werden. Wie denn ja auch die Verhandlungen in Württemberg nichts anderes gezeigt haben, als daß alle anderen bürgerlichen Parteien, also auch die Deutschen und der Landbund, nicht geneigt sind, die Forderungen, die die Nationalsozialisten bei der Bildung einer Koalitionsregierung erheben, zu erfüllen. Es wird also wohl nichts anderes übrig bleiben, als auf den bisherigen Wegen fortzufahren und dem Nationalsozialismus seinerseits die Fortsetzung reiner Oppositionspolitik zu überlassen.

Lausanne

Die Konferenz von Lausanne wirkt ihre Schatten voraus, und emsig sind die Staatsmänner daran, eine gliederbereite Basis für diese Konferenz zurechtzubereiten. Wenigstens gilt das für die Staatsmänner Deutschlands, Italiens, Englands und Amerikas. Was Frankreich betrifft, so befindet man sich hier noch im Ungewissen. Das neue Kabinett ist ja noch nicht gebildet, und man weiß nicht, welche Haltung die neuen Männer in der Reparationsfrage einnehmen werden.

Höchstwahrscheinlich wird sie von der bisherigen nicht sonderlich verschieden sein. Ein Fortschritt wäre höchstens darin zu erblicken, daß jetzt auch von französischer Seite ganz offen die restlose Streichung der Reparationszahlungen zugegeben wird, falls die übrigen Kriegsschulden annulliert werden sollten. Bisher hat die französische Politik immer erklärt, daß sie wohl zu einer Reduzierung der Reparationszahlungen bereit wäre, wenn jene Annullierung der interalliierten Schulden erfolgt, daß sie aber gar nicht daran denke, auf die Reparationszahlungen restlos und für immer zu verzichten.

Jedenfalls bleibt nachwievor die Kernfrage die, ob und in welchem Umfang Amerika bereit sein wird, seinen eigenen Schuldnern entgegenzukommen. Vom amerikanischen Standpunkt aus ist ja auch heute noch die einfache Verkoppelung der Reparationsfrage mit dem interalliierten Schuldenproblem nicht statthaft. Denn bei Deutschland handelt es sich um einen Schuldner, der effektiv nicht mehr und auch in absehbarer Zeit nicht mehr zahlen kann. Bei den Schuldnern Amerikas aber handelt es sich um Staaten, die sehr wohl zahlen können, wenn auch nicht in dem bisher vorgeschriebenen Umfang.

Inzwischen haben die Schuldnerstaaten die formale Berechtigung der amerikanischen Abzahlungsforderungen dadurch anerkannt, daß sie mit Amerika Abkommen trafen,

Niederabend im Karlsruher Frauenklub

Zugunsten seiner Wohlfahrtskasse bot der hier schon oft rühmend erwähnte und immer sehr rührige Frauenklub in den Räumen der „Eintracht“ wieder ein interessantes Konzert. Denn man dankte ihm die Bekanntheit mit Abi Kruschka-Almoskino, einer vordem auch in Theaterkreisen vor ihrer Tätigkeit in Breslau und Köln sehr geschätzten Altistin, die jetzt in Karlsruhe als Gattin des Oberstleutnants der badiischen Ober lebt. Der üppige Klang ihrer breit und frei ausströmenden Stimme kam sofort Niedergruppen von Schubert und Brahms zugut, wenn schon später bei ungarischen und französischen (in der Heimatprache übrigens interpretierten) Dingen der Reiz eines raffinierten temperamentvollen Vortrags natürlich den rein gesanglichen Wert ihrer Darbietungen noch wesentlich überhöhte. Aber alles, was vorausging — u. a. Schöpfungen von H. Strauß und Rimsky-Korsakoff — wurde ebenfalls mit lautem, wohl verdienten Beifall aufgenommen. In Rene Dieffenbacher hatte sich die Sängerin die Mitwirkung einer feinfühligsten, geistig und manuell gleich ausgezeichneten Begleiterin gesichert. Der zwar etwas kleine, in den vornehmen Klubräumen versammelte Kreis, wird diesen genussreichen Abend zweifellos nicht so schnell vergessen.

S. Sch.

Professor Hertner †. In Berlin ist im Alter von fast 67 Jahren Geh. Rat Dr. Heinrich Hertner, Professor für Staatswissenschaft und Volkswirtschaft an der Berliner Universität, gestorben. Er war bekannt vor allem als langjähriger Vorsitzender des Vereins für Sozialpolitik. Seine wissenschaftliche Laufbahn führte ihn zunächst nach Freiburg i. Br., wo er 1892 eine ordentliche Professur erhielt, dann nach Karlsruhe an die Technische Hochschule. Von 1898 bis 1907 war er in Zürich. Hierauf kam er an die Technische Hochschule nach Charlottenburg und dann an die Universität Berlin. Seine Verdienste lagen darin, daß er sich seit den neunziger Jahren für den Gedanken der Sozialreform eingesetzt hat. Damals erschien sein Hauptwerk „Die Arbeiterfrage“. Mit diesem Werk gab er die erste wirkliche Darstellung der Arbeiterfrage in Deutschland.

nach welchen die während des Hoover-Feierjahres gestandenen Summen innerhalb von 10 Jahren abzutragen und während dieser Zeit mit 4 Prozent zu verzinsen sind.

Schwere politische Ausschreitungen

Kommunistische Umtriebe in Rheinland-Westfalen

Namentlich in verschiedenen Städten des Rheinlands und Westfalens kam es zu schweren politischen Zusammenstößen. In Remscheid wurden von demonstrierenden Kommunisten auf die Polizei Schüsse abgegeben, nachdem schon seit Donnerstag nachmittag die Stadt Schauplatz kommunistischer Tumulte war. In Wuppertal bewarfen Kommunisten die Polizei mit Steinen usw. In Varmen kam es Freitag, spät abends, zu schweren Schießereien. Patrouillierende Beamte wurden aus Fenstern mit Karabinern und anscheinend auch Maschinenpistolen beschossen. Die Polizei erwiderte das Feuer und zog Verstärkungen heran. Ein Dachdecker, der der Aufforderung der Polizei, das Fenster zu schließen, nicht nachkam, wurde durch einen Kopfschuß getötet. — Um die Polizeitransporte zu gefährden, waren an verschiedenen Stellen die Straßen ausgerissen und die Kanalbedel auf die Fahrbahn geschleudert. Die Polizei nahm über 100 Unruhestifter fest.

In Gladbach-Nord wurden zwei Kommunisten Freitag nachmittag durch Schüsse, die angeblich von Nationalsozialisten abgegeben wurden, lebensgefährlich verletzt. Sechs Nationalsozialisten wurden festgenommen. Der kommunistische Landtagsabgeordnete Fritz Trauten wurde in Gladbach-Nord unter dem Verdacht der Beteiligung an den Düsseldorf-Tumulten verhaftet, die sich am Freitagabend wiederholten.

In Dortmund drangen jugendliche Burichen am Freitag in mehrere Lebensmittelgeschäfte und raubten vor allem Wurstwaren. Drei Burichen wurden festgenommen. Bei einer wilden Schlägerei in Redlingshausen wurden fünf Personen durch Lungens- und Bauchstiche lebensgefährlich verletzt.

W.D. Wuppertal, 28. Mai. (Tel.) Über den Verlauf der gestrigen Tumulte, bei denen ein 48jähriger Dachdecker durch eine Kugel getötet wurde, erfahren wir noch im einzelnen:

Gegen 20 Uhr entsandten im Stadtteil Heddinghausen erneut Anmahlungen, bei denen sich Provokationen der Polizei ereigneten. Als die Polizei die Menge vertreiben wollte, wurden die Kanalbedel und teilweise das Straßensplaster ausgegraben sowie Laternen umgeworfen, um die Durchfahrt der Polizeiwagen zu verhindern. Schließlich gelang die Säuberungsaktion doch, nachdem, wie bereits berichtet, etwa 100 Personen festgenommen worden waren. Als die Polizei abziehen wollte, und die Scheinwerfer auslöschte, fielen auf einmal Schüsse aus dem Fenster der Nubensstraße. Die Schießerei dehnte sich schließlich bis auf die Verle- und Heddinghauserstraße aus. Man hörte deutlich Abschüsse von Karabinern und Maschinenpistolen, die von Kommunisten bedient wurden. Die Polizei rief immer wieder: Straße frei! Fenster zu!, und erwiderte das Feuer. Schließlich rückte ein Verhaftungskommando herbei, das die anliegenden Wohnhäuser durchsuchte. Waffen wurden dabei nicht gefunden. Heute früh war wieder alles ruhig.

Weiter wird mitgeteilt, daß die Aufgräber von einem Eisenbahnabfuhr einen schweren Stein auf einen vorbeifahrenden Polizeiwagen warfen, dessen Kühler von dem Stein eingedrückt wurde. Ein anderer Polizeiwagen fuhr gegen einen ausgehobenen Kanalbedel und wurde erheblich beschädigt. Noch bis in die späten Nachstunden, etwa 4 Uhr, fielen vereinzelt Schüsse. Im ganzen sind 132 Personen festgenommen, die zum Teil nach Feststellungen ihrer Personalien entlassen wurden.

W.D. Remscheid, 28. Mai. Freitagabend gegen 22.45 Uhr wurde das Überfallkommando zum Stadtteil Kaspert gerufen, wo sich eine große Menge Kommunisten angesammelt hatte. Beim Eintreffen der Polizei wurde diese von den anliegenden Gärten aus beschossen. Es wurden fünf bis acht Schüsse abgegeben. Die Polizei erwiderte das Feuer. Im Verlaufe der Tumulte wurde auch eine große Schaufensterhebe eines Lebensmittelgeschäftes eingeschlagen.

Zusammenstoß in Straßund

In Straßund kam es Freitagabend in einer nationalsozialistischen Versammlung, in der der Nationalsozialist Felix Neumann sprach, zu schweren Tumulten. Über 100 Kommunisten versuchten, die Rede Neumanns zu stören. Als die Polizei den Nubelsführer aus dem Saale entfernen wollte, wurde ein höherer Polizeibeamter tätlich angegriffen. Unter Anwendung des Gummistockes mußten die angrenzenden Straßen wiederholt geräumt werden. Bei der Schlägerei im Saal wurden vier Nationalsozialisten und zwei Kommunisten erheblich verletzt. Ein Polizeibeamter trug Stichverletzungen am Arm davon.

Eine Straßenschlacht bei Junsbrunn

Auf einer nationalsozialistischen Versammlung in Hötting bei Junsbrunn kam es zu einer schweren Saal- und Straßenschlacht. Die Gendarmerie mußte mit gefülltem Bajonett vorgehen. Gegen 80 Verletzte, darunter sechs Schwerverletzte, sind zu verzeichnen. Ein SA-Mann ist seinen Verletzungen erlegen, ein anderer schwimmt in Lebensgefahr. Auch in Litz verjuchten Freitagabend Sozialdemokraten, eine nationalsozialistische Versammlung zu sprengen. Es kam dabei zu schweren Zusammenstößen, bei denen 20 Nationalsozialisten erheblich verletzt und ins Krankenhaus gebracht wurden.

Regierungsverkündung in Oesterreich

Mißtrauensvotum der Sozialdemokraten

Der österreichische Nationalrat trat am Freitagnachmittag zur Entgegennahme der Regierungserklärung des neuen Kabinetts Dollfuß zusammen.

Zur Außenpolitik erklärte Dr. Dollfuß, alle Welt müsse verstehen, daß sich Oesterreich, als selbständiger deutscher Staat, der engsten Verbundenheit und Freundschaft mit dem Deutschen Reich bewußt ist. Aber auch mit den anderen Ländern wolle Oesterreich freundschaftliche Beziehungen pflegen. Was die Innenpolitik anlangt, so stehe Oesterreich vor der Frage, die Devisenperrre für Auslandschulden einzuführen, falls vom Völkerbund oder anderswoher keine Hilfe komme, nötigenfalls müssen weitere einschneidende Selbsthilfemaßnahmen getroffen werden. Die Regierung beschuldigt aber niemand, in den Mißbrauch der Notenzensur zurückzufallen. Nach dem Vorbild Deutschlands wolle man in Oesterreich den freiwilligen Arbeitsdienst einführen. Alle Vorkehrungen seien getroffen, um Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten.

In der Aussprache griff der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Bauer die Zusammenfassung der Regierung aufs schärfste an. Fündigte der Regierung schärfsten Kampf an und stellte schließlich einen Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett. Die Nationalsozialisten haben bereits in einer öffentlichen Erklärung den Rücktritt der Regierung gefordert.

Stegerwald über Wirtschaftskrise und Sozialpolitik

Die Arbeitslosenfrage eine deutsche Frage

In der Deutschen Wirtschaftlichen Gesellschaft in Berlin hielt am Freitag Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald einen Vortrag über Wirtschaftskrise und Sozialpolitik.

Der Minister wandte sich zunächst gegen die Auffassung, daß man Lohn- und Sozialpolitik losgelöst von der übrigen Politik behandeln könne. Lohn- und sozialpolitische Experimente seien in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Misere jedenfalls nicht angebracht. Die heutige Zeit des Niederschlags sei für Sozialisierung denkbar ungeeignet. Der Minister ging dann auf die Verhandlungen über, die in den nächsten Tagen entscheidend dafür seien, wie man über den nächsten Winter herüberkomme. Jede neue Belastung der Produktion bedeute mehr Arbeitslose. Bis jetzt sei — entgegen anderer Meinung — sozialpolitisch nichts zerschlagen, nur ein Abbau der Leistungen sei erfolgt, nicht aber ein solcher der Einrichtung der Sozialversicherung.

Dr. Stegerwald wandte sich der Frage zu, wohin die deutsche Sozialpolitik im Hinblick auf Deutschlands Gesamtlage in den nächsten Jahren steuern müsse und kam zu dem Schluß, daß es ohne weitgehende wirtschaftliche Selbstverwaltung nicht besser werde. Man müsse zurück zum Tarifvertrag, zur Tarifgemeinschaft. Das gelte sowohl für öffentliche Verwaltung, als auch für die Organisation der Sozialversicherung. Die Sozialversicherung müsse in absehbarer Zeit sehr viel mehr den Vericherten überantwortet werden, natürlich auch hier bei krasser Staatsaufsicht. Als unmittelbar bevorstehende Aufgaben, die die Sozialpolitik stark berühren, nennt der Minister die Schaffung einer einfachen, klaren und billigen Staatsorganisation, Klarheit über die Behandlung der Lohnfrage, wobei der staatliche Lohnspruch zwar aufrechterhalten, aber als Zwangsschiedspruch mehr in den Hintergrund treten müsse.

Die Arbeitslosenfrage wachse sich zu einer deutschen Frage aus, die mit allen Mitteln behoben werden müsse. Der Minister nannte eine große Anzahl von Vorschlägen und Anregungen hierfür und führte dann weiter aus: Alle gangbaren Wege müßten beschränkt werden, um das Vertrauen in der Welt und bei uns selbst gesicherte und politisch gefestigte Verhältnisse wiederherzustellen. Entweder — so schloß der Minister — wir überleben dieses Jahr durch gegenseitiges Stützen und Helfen, oder aber das deutsche Volk bringt sich selbst um seine Zukunft für Jahrzehnte. In den Jahren 1931 und 1932 hat sich all das, was in der Weltpolitik und in der deutschen Politik seit Jahrzehnten verheilt war, kulminiert. Diesen Kulminationspunkt müssen wir überleben.

Die Sicherung Ostpreußens

Neuorganisation im Osten

Die Anlage militärischer Befestigungen am sogenannten Heilsberger Dreieck im Ermland (Ostpreußen) hat in Ostpreußen selbst und in Polen einige Aufregung hervorgerufen. In der polnischen Presse wurde unter anderem behauptet, die Anlagen seien nach dem Friedensvertrag nicht zulässig. Von deutscher Seite wird diese Auffassung als falsch erklärt. Es seien die Zonen bestimmt worden, in denen Deutschland keine neuen Befestigungen anlegen dürfe. Für Ostpreußen handle es sich dabei um eine Schutzzone und die nach der polnischen Grenze hin gelegene Zone, so daß mathematisch genau das Heilsberger Dreieck für neue Befestigungen übrig bleibe. Abtrübsen seien die Mittel für diese neuen Befestigungen schon im vorjährigen und im diesjährigen Haushalt enthalten gewesen.

Einberufung einer internationalen Währungs-Konferenz? Die Pariser „Information“ veröffentlicht eine Meldung aus Genf, daß amerikanische Bankkreise den Wunsch geäußert hätten, die Währungsfrage auf einer internationalen Konferenz zu erörtern, die unter den Auspizien des Völkerbundes zusammenzutreten solle. Falls der Völkerbund diesem Verlangen nicht stattgeben sollte, würden die genannten Kreise Präsident Hoover bitten, die Initiative für eine solche Konferenz zu ergreifen.

Deutscher Landespräsident in Memel. Die Verhandlungen des Gouverneurs des Memelgebietes, Gylis, mit den Mehrheitsparteien über die Bildung eines Direktorsiums haben zu dem Ergebnis geführt, daß der Landespräsident von den Mehrheitsparteien, und zwar von der Memelländischen Volkspartei, gestellt werden wird. Für den Posten des Landespräsidenten wird jedoch noch keine Persönlichkeit genannt.

Kleine Chronik

Bei der Oberamtsparlase Waisungen a. G. (Württ.) ist man schweren Unregelmäßigkeiten auf die Spur gekommen. Die beiden leitenden Beamten haben ihre Befugnisse in der Gewährung von Krediten weit überschritten und zudem Finanzwechsel ausgegeben. Der Kassierer Wilsch hat sich erschossen. Oberamtsparlaseinspektor Töberer, der die Hauptschuld trägt, wurde festgenommen. Der Schaden ist groß.

Der bekannte Luftfahrer Joachim v. Burgin ist Freitag nachmittag beim Training auf dem Rübrogen tödlich verunglückt.

Im Scharf-Prozess teilte Amtsgerichtsrat Rehner mit, daß am Montag der Prozeß in normaler Weise weitergeführt werde. Wenn nicht neue Hindernisse in den Weg träten, sei das Ende des Scharf-Prozesses Ende Juni zu erwarten.

In Berlin wurden wegen verdächtigten Versicherungsbetruges durch fingierten Einbruch ein Kriminalbeamter a. D. und die Frau eines Wärfenmaklers zu je 7 Monaten Gefängnis verurteilt. Die beiden Einbrecher erhielten 4 und 6 Monate Gefängnis.

Der türkische Botschafter in Berlin, der kürzlich bei Weimar einen schweren Autounfall hatte, befindet sich, wie die türkische Botschaft mitteilt, auf dem Wege der Besserung. Es besteht Hoffnung auf eine völlige Wiederherstellung.

Auf dem Yangtschiang ist ein amerikanischer Dampfer gesunken. 45 Personen werden vermißt.

Die Bluttat von Hadeswagen. Das Schwurgericht Wuppertal fällt das Urteil gegen die drei Nationalsozialisten Willmund, Marx und Dr. Seudenkamp wegen Ermordung der Kommunisten Fries, Mondre und Blumberg aus Hadeswagen. Der Vater Willmund erhielt wegen Mordanschlags drei Jahre sechs Monate Gefängnis, der Dachdecker Marx wegen Mordanschlags fünf Jahre Gefängnis, drei Jahre Ehrverlust. Dr. Seudenkamp ein Jahr drei Monate Gefängnis. Der Zwischenschall ereignete sich am Tage der ersten Reichspräsidentenwahl, nachdem bereits in der Nacht vorher zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten mehrere Schlägereien stattgefunden hatten. Seudenkamp forderte, wie mehrere Zeugen übereinstimmend bezeugten, seine Kameraden zum Schießen auf. Blumberg wurde durch eine Kugel tödlich getroffen. Bei der Verfolgung eines fliehenden Kommunisten wurden Mondre und Fries durch mehrere Schüsse niedergestreckt.

Badischer Teil

„Die neueren Schlichter Badens“

Unter diesem Titel erschien in der nationalsozialistischen Tageszeitung „Der Führer“ (Nr. 128 vom 26. Mai 1932) ein Artikel, der sich mit den Schlichtungsausschüssen Badens beschäftigt.

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird hierzu mitgeteilt:

- Die Vorsitzenden der vier Schlichtungsausschüsse Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und Konstanz üben diese Tätigkeit nebenamtlich aus und haben neben der Leitung der meisten Verhandlungen auch die Verwaltungsangelegenheiten des Schlichtungsausschusses verantwortlich zu führen.
- Nach dieser Sachlage sind die statistischen Angaben des Artikels, die übrigens zahlenmäßig wegen fehlender Ortsangaben nicht nachgeprüft werden können, für eine Urteilsbildung über die Leistung des Schlichtungsausschusses vorstehenden nicht ausschlaggebend.
- Es ist gegenüber früheren Jahren der Geschäftsstand der Schlichtungsausschüsse gesunken. Die Vergütungen der Vorsitzenden sind entsprechend den allgemeinen Gehaltskürzungen gemindert worden. Mit Rücksicht auf die verantwortliche Tätigkeit ist die verbleibende Vergütung angemessen; jedoch wurde durch organisatorische Maßnahmen der Geschäftsminderung Rechnung getragen und erhebliche Ersparnisse erzielt. Weitere Vereinfachungen sind im Gange.
- Die Tätigkeit der Schlichtungsausschüsvorsitzenden ist außerordentlich verantwortlich und nervenspannend. Trotz der vom Artikelschreiber vermuteten „hohen Bezahlung“ ist es sehr schwer, bei Abgang geeignete Nachfolger zu finden, nicht zuletzt, weil Schlichtungsausschüsvorsitzende gelegentlich derartigen heftigen Angriffen ausgesetzt sind, wie in dem genannten Artikel des „Führer“.

Dienstprüfung der Volksschulkandidaten

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Auf Grund der Bestimmungen der §§ 1 bis 3 der Verordnung über die Dienstprüfung der Volksschulkandidaten vom 30. Juli 1912 (S. 197 ff.) wird an der Lehrerbildungsanstalt Karlsruhe (Bismarckstr. 10) im Herbst d. J. zum letztenmal eine Dienstprüfung für Schulkandidaten alter Ordnung abgehalten, der genaue Zeitpunkt der Prüfung wird im Amtsblatt noch bekanntgegeben. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß eine dauernde Verwendung im Schuldienst nur für diejenigen Volksschulkandidaten in Betracht kommt, welche die Dienstprüfung abgelegt haben.

Diejenigen Schulkandidaten alter Ordnung, die an der genannten Dienstprüfung teilnehmen wollen, haben ihre Gesuche um Zulassung mit dem in § 5 der Verordnung vorgeschriebenen Inhalt und den dort bezeichneten Belegen spätestens bis 10. Juli 1932 auf dem in § 6 der Verordnung vorgeschriebenen Wege beim Unterrichtsministerium einzureichen. Sollte ein Schulkandidat wegen besonderer Verhältnisse an der Prüfung im Herbst nicht teilnehmen können, so hätte er längstens bis zum 1. Juli d. J. ein Zurückstellungsgeſuch unter Angabe der besonderen Gründe vorzulegen.

Zu den landeskirchlichen Wahlen

In der evangelischen Landeskirche sollen am 10. Juli d. J. die Abgeordneten der Landessynode, der kirchlichen Volksvertretung, gewählt werden. Die Abgeordneten der bisherigen Landessynode gehörten vier Gruppen an: den Positiven (32 Sitze), den Liberalen (20 S.), den Religiösen Sozialisten (8 S.), der Landeskirchlichen Vereinigung (3 S.). Für die Neuwahl will die letztere keine Kandidaten mehr aufstellen, dafür wollen die Evangelischen Nationalsozialisten eine eigene Liste bringen.

Die kirchlich-Positive Vereinigung — die kirchliche Rechte — hat sich in ihrem Vorstand und in ihrem Landesausſchuß mit der neuen kirchenpolitischen Lage befaßt und einer Kundgebung zugestimmt, in der die Auffassung einer nationalsozialistischen, d. h. einer staatspolitisch gebundenen Liste bekräftigt wird. Die kirchlich-Positiven seien Gegner jeder Politisierung der Kirche und hätten den kirchlich richtigen und kirchlich unaufgeborenen Grundsatz der Überparteilichkeit von jeher vertreten.

Die Schule für den Volksoffertag des DDA.

Der Minister des Kultus und Unterrichts hat folgende Bekanntmachung erlassen: „Der Landesverband Baden des Vereins für das Deutschtum im Ausland veranstaltet vom 27. bis 29. Mai d. J. einen Volksoffertag für das Auslandsdeutschtum. Die Bestrebungen des Vereins für das Deutschtum im Ausland sind von solch allgemeiner und vaterländischer Bedeutung, daß ein guter Erfolg des Volksoffertages zu begrüßen wäre. Zur Beförderung des Interesses der Schüler und Schülerinnen an diesem Vereinswerk erlaube ich, in einer Unterrichtsstunde in geeigneter Weise, womöglich unter Verwendung von Werbeschriften, insbesondere in Anlehnung an die allen Schulen zugegangene Schrift „Badener in Südostruropa“, der Kinder unseres Volkes in der Fremde zu gedenken und auf die Arbeit des D.D.A. aufmerksam zu machen.“

Schulungswoche auf dem Seuberg

Vom 1. bis 6. August d. J. findet auf dem Seuberg eine psychologisch-pädagogische Schulungswoche statt für Berufserzieher (Lehrer und Lehrerinnen aller Art, sowie Kindergärtnerinnen, Hortnerinnen und Jugendleiterinnen) und für Erziehungsfragen besonders interessierte Eltern.

Vorträge mit anschließenden Aussprachen über die Psychologie der verschiedenen Entwicklungsstufen sind vorgesehen. Zu Sport, Gesang, Besichtigung und Wanderungen ist täglich Gelegenheit geboten.

Näheres Programm durch die Leitung des Kindererholungsheimes Seuberg e. V., Post Stetten am kalten Markt (Baden). Preis 2,50 bis 3,50 RM pro Tag. Kinder können während dieser Zeit im Kindererholungsheim zu 2 bis 2,20 RM pro Tag untergebracht werden. Anmeldungen bis 15. Juli.

Der badische Staatspräsident zum Werk der Kindererholung 1932:

Tausende badischer Kinder in Stadt und Land leiden in der jetzigen Notzeit an ihrer Gesundheit. Ich bitte alle Badener recht sehr, der Badischen Notgemeinschaft zu helfen, damit diese Kinder vor bleibendem Schaden bewahrt werden können!

Altk. Müller
Kreispräsident

50-Rpf.-Lose „Wir wollen helfen!“ bringen Glück und schaffen frohe Kinderherzen

Glückwünsche zur Ernennung des neuen Erzbischofs

Zur Ernennung des neuen Erzbischofs Dr. Conrad Gröber sind diesem Glückwünsche des Erzbischofs. Domkapitels übermittelt worden mit dem Ausdruck der Freude, daß ein aus der Erzdiözese hervorgegangener, von Klerus und Volk hochgeschätzter Bischof die Regierung der Erzdiözese in so schwerer Zeit übernehmen wird. Namens der Erzdiözese hat Kapitulardivisor Dr. Selter dem neuernannten Erzbischof die Segenswünsche und Willkommgrüße der alten Heimat ausgesprochen. — Aber den Tag der Inthronisation ist noch nichts näheres festgelegt.

Auch des neuen Erzbischofs Heimatstadt Meßkirch richtete an den Kirchenfürsten ein Glückwunschtelegramm und gab gleichfalls der Freude Ausdruck über seine Rückkehr nach Baden. Meßkirch selbst hat bald nach Bekanntwerden der Botschaft reichlich geflaggt, besonders war das Geburtshaus des Kirchenfürsten liebevoll geschmückt. Die Glocken der Heimatkirche St. Martin begrüßten in feierlichem Geläute den neuen Erzbischof der Diözese Freiburg.

Milchwirtschaftlicher Zusammenschluß der Bezirke Müllheim, Lörrach, Schopfheim und St. Blasien

Die Verhandlungen, die in den letzten vier Wochen intern und durch zwei öffentliche Aussprachen für den vom Staat angeordneten milchwirtschaftlichen Zusammenschluß geführt wurden, ergaben in der am Freitagmittag in Lörrach stattgefundenen Gründungsversammlung nun endlich die Konstituierung von Vorstand und Verwaltungsrat. Der fünfgliedrige Vorstand setzt sich zusammen aus zwei Mitgliedern der Genossenschaften und drei Mitgliedern der freien Vereinigung. Die Wahl fand bezirksweise und geheim statt. Gleichzeitig wurden auch die fünf Stellvertreter gewählt und der im Anschluß an die Versammlung aufzunehmende Verwaltungsrat, bestehend aus drei Mitgliedern. Der Verwaltungsrat wählte den Vorstand, Karlsruhe, Direktor Meßmer vom Badischen Milkereiverband u. a. bei. Die Frage des „Ausgleichspfennigs“, die so viele Schwierigkeiten brachte, wurde für später zurückgestellt. Der neu gewählte Aufsichtsrat wählte alsbald seinen Vorsitzenden, und zwar Gutspächter Zurbuchen-Waldhof bei Lörrach, ferner einen Vertreter für den Preisausſchuß.

Die badischen Lokomotivführer hielten in Waldshut ihre 14. Bezirksversammlung ab. Nicht weniger als 52 Anträge wurden hier durch beraten. Der Landesvorsitzende, Krüger, Karlsruhe, bedauerte, daß im letzten Jahre in Baden 74 Lokomotivführerstellen gestrichen wurden. Der Bezirk Baden mußte für Sozialleistungen an seine Mitglieder 87 450 RM aufwenden, eine Summe, die bis jetzt von keinem anderen Bezirk erreicht wurde. Von 800 Todesfällen waren 37,6 Proz. auf Herzkrankheiten zurückzuführen. In einer Resolution wandte sich die Bezirksversammlung gegen die für das Lokomotivpersonal immer noch bestehende Dienstdauerbeschränkung und verlangte die Rückkehr zur 48-Stundenwoche. Die nächste Tagung findet in Freiburg statt.

Der langjährige Landtagspräsident und führende Zentrumspolitiker Dr. h. c. Kopf feiert am kommenden Montag seinen 75. Geburtstag.

Wenn's Ihnen sauer aufstößt,
weil Ihr Magen übersäuert ist, dann tut ein Glas



Überkinger Adelheidquelle
wahre Wunder. Sie bekommen sie überall. Den interessanten Prospekt schickt Ihnen kostenlos die Mineralbrunnen A.-G. Bad Überkinger

Gen.-Vertr.: Bahm & Bassler, Mineralbr.-Vertrieb, Karlsruhe, Zirkel 30, Telefon 255.

Gemeinderundschau

Genehmigter Voranschlag in Lauda. Trotz fortschreitender Wirtschaftsschwierigkeiten mit ihrem Anwachsen der Wohnfahrtskosten gelang es der Stadtverwaltung, die Umlage auf der vorjährigen Höhe zu belassen (60 Rpf für Grundvermögen, 24 Rpf für Betriebsvermögen und 4,35 RM für Gewerbesteuer). Während letztes Jahr für Straßenerhellung noch etwa 70 000 RM verausgabt werden konnten, sind im aufgestellten Voranschlag nur die laufenden Unterhaltungskosten enthalten. Der Voranschlag wurde genehmigt.

Der Verkehrsverband Hochschwarzwald. In einer in Neustadt i. Schw. abgehaltenen Sitzung des Arbeitsausschusses des Verkehrsverbandes Hochschwarzwald wurde einstimmig Stellung genommen gegen die Grenzschwierigkeiten für die Schweizer Automobile, die in den Schwarzwald wollten. Das Eingehen der Reichsbahndirektion auf die Vorschläge betr. Einführung von Schwarzwaldbundreisefahrten wurde mit Dank zur Kenntnis angenommen, doch wurde immer noch das Fehlen einer

Rundreisefahrte Neustadt—Bonndorf—Schaffhausen—Konstanz—Singen—Donauwörth—Neustadt vermißt. Es soll ein neuer diesbezüglicher Antrag gestellt werden.

Kurze Nachrichten aus Baden

Die Schlägerei im Mannheimer Bürgerausschuß vor Gericht. D. Mannheim, 27. Mai. Vor dem erweiterten Schöffengericht begann heute früh eine Verhandlung wegen einfacher und schwerer Körperverletzung gegen je 6 Stadtverordnete der sozialdemokratischen und der nationalsozialistischen Rathausfraktion. Angeklagt sind die Stadträte Gräber und Krumpfheller, die Stadtverordneten Gettingen, Fischer, Weinbrecht und Weibel, alle Sozialdemokraten, und die Nationalsozialisten Geibel, Stalf, Gehrmann, Noth, Kuntel und Schmitt. Der Eröffnungsbeschluss ist ganz kurz. Ihm liegen zugrunde die Prügelesenen in der Bürgerausschuhstube vom 19. Januar d. J. Es hat sich damals nach unparlamentarischen Zwischenrufen und Bemerkungen der Nationalsozialisten zwischen diesen und den Sozialdemokraten eine Schlägerei entwickelt, an der, nach der Anklage, die nun angeklagten Bürgerausschuhmitglieder entscheidend teilgenommen haben sollen. Die Stadtverordneten Geibel und Schmitt sollen sich dabei gefährlicher Werkzeuge bedient haben. Die Angeklagten sollen sich gegenseitig mit Fäusten geschlagen und getreten, die Verletzten z. T. bei der Prügelei auf dem Boden gelegen haben.

Aus 16jähriger Kriegsgefangenschaft geflüchtet

bl. Endingen, 27. Mai. Nach unseren Informationen bestätigt es sich, daß der aus Endingen gebürtige und von seinen Eltern längst totgeglaubte Oskar Daubmann nach 16jähriger französischer Gefangenschaft in Palermo eingetroffen ist. Wie aus einem Brief des deutschen Konsuls in Neapel an die Eltern Daubmanns weiter herovergeht, wird Daubmann vorerst noch nicht nach Deutschland zurückkehren, da er nach seinem über 5000 Kilometer langen Marsch aufs äußerste erschöpft ist und sich zudem eine Knieverletzung zugezogen hat, die erst geheilt werden muß. Seine Abreise von Palermo wird den Eltern telegraphisch mitgeteilt werden, die über die Botschaft von seiner Rückkehr ganz erschüttert sind.

Der Name Oskar Daubmann steht auf dem Gefallenen-denkmale des Städtchens Endingen mit dem Vermerk „Ge-fallen in der Sommerschlacht, Januar 1916“. — Vor 8 Jahren schon ist einmal in Endingen ein Telegramm an die Eltern gekommen, in dem nur die Worte standen: „Oskar lebt und ist in Afrika“. Jetzt ist das Telegramm des Neapeler General-konsulats, das man zuerst auch für eine Visitation hielt, durch einen Brief bestätigt worden. Die Eltern haben die Schrift ihres totgeglaubten Sohnes sofort wiedererkannt. In diesem Brief schreibt Oskar Daubmann seinen Eltern, daß er nach einem Marsch von 5000 Kilometer in Palermo eingetroffen sei. Wo sich Daubmann, 5000 Kilometer von Palermo entfernt, eigentlich aufgehalten hat, weiß man noch nicht. Er schreibt in seinem Brief nur, daß er im Januar 1916 in der Sommerschlacht schwer verwundet worden und in französische Gefangenschaft geraten sei. Nach seiner Seilung habe er einen Fluchtversuch unternommen und dabei einen Posten erschlagen. Darauf sei er zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Zur Verbüßung der Strafe sei er nach Afrika deportiert worden. Es sei ihm jetzt gelungen, nach dem 5000-Kilometer-Marsch die Küste zu erreichen und ein Schiff nach Palermo zu besteigen.

* Schwetzingen, 27. Mai. Die im Herbst vorigen Jahres gegründete Spargelbau- und Abgabengesellschaft des Schwet-zinger Anbaugebietes e. G. m. b. H. hat sich bereits einen großen Kundentanz erworben. Nach allen Gegenden Deutschlands wird von ihr der Frischspargel des garantiert echten Schwet-zinger Spargel direkt vom Pflanzler durchgeführt. Auf dem Großmarkt Stuttgart ist eine eigene Verkaufsstelle eingerichtet worden. Der allgemeine Spargelmarkt ist in diesem Jahr in Schwetzingen sehr spät eröffnet worden, findet gegenwärtig aber sehr regen Zutritt. An den Pfingsttagen haben fast 25 000 Gäste den Besuch von Deutschlands schönstem Schloß-garten mit der Gelegenheit verknüpft, den unvergleichlichen Schwetzingener Spargel an Ort und Stelle selbst zu kosten und einzukaufen.

bl. Forzheim, 27. Mai. Im Anschluß an eine Erwerbs-lofenversammlung zogen gegen 5 Uhr etwa 150 Erwerbslose auf den Marktplatz und verlangten Zutritt zum Rathaus. Der zuständige Dezernent für das Fürsorgewesen empfing darauf eine Abordnung von vier Mann. Die Polizei zerstreute die Ansammlung und nahm einige Verhaftungen vor.

D. Engelswies, 27. Mai. Auf eine 30jährige Amtstätigkeit als Bürgermeister kann Landwirt Schmidt zurückblicken. Die Bürgermeister des Bezirks versammelten sich in Anwesenheit von Landrat Dr. Becker zu einer wohlverdienten Ehrung.

* Lörrach, 28. Mai. Der Gendarmerteil gelang es, in Uen-bach zwei junge Burtschen festzunehmen, die schon seit einiger Zeit falsche Schweizer Hünfranken-Stücke abzuhaken versuchten.

bl. Villingen, 27. Mai. Die Ausbesserungsarbeiten an den Tunneln der Schwarzwaldbahn, die seit einigen Jahren von der Reichsbahn während der Sommermonate ausgeführt werden, sind in der Ruppacher Gegend wieder aufgenommen worden. Der Arbeitsmarkt hat durch diese Arbeiten eine fühlbare Entlastung erfahren.

bl. Villingen, 27. Mai. Im nahen württembergischen Schwenningen und in Albingen wurde ein Falschmünzertom-ploitt festgestellt und insgesamt fünf Verhaftungen vorgenom-men. In Schwenningen sind es der Feinmechaniker Johann Müller und der Mechaniker Gustav Stegmann, in Albingen der 55jährige Brauereibesitzer Karl Kopp, sein zwanzigjähriger Sohn Hermann Kopp und ein Stuttgarter. Stegmann war schon vor Jahren der Falschmünzerei bezichtigt und bestraft worden. Alle Verhafteten sollen Mitäter an dem Falsch-münzertomplot sein, das sich mit der Herstellung von 5 RM-Stücken befahte. Brauereibesitzer Karl Kopp hat das Geständ-nis abgelegt, daß er der Hauptschuldige sei. Er hat sich in der Nacht auf Donnerstag in seiner Zelle im Amtsgerichts-gefängnis in Rottweil erhängt.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

	28. Mai		27. Mai	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	170.78	171.12	170.78	171.12
Kopenhagen 100 Kr.	84.91	85.09	84.62	84.78
Italien . . . 100 L.	21.62	21.66	21.62	21.66
London . . . 1 Pf.	15.54	15.58	15.49	15.53
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.61	16.65	16.61	16.65
Schweiz . . . 100 Fr.	82.32	82.48	82.32	82.48
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Brag. 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Aus der Landeshauptstadt

Dem Rheinstrandbad Rappenswirt. Hoffentlich kommen nun bald warme Tage. Die Badverwaltung hat die kalten Wintertage zur Verschönerung und zum Ausbau des idealgelegenen Strandbades ohne fremde Mittel benutzt. Vor allem wurde der Untergrund des Schwimmbeckens befestigt und neue große Grünflächen, die besonders angenehm ins Auge fallen, geschaffen. Die Ringtennisplätze wurden neu planiert und vermehrt, so daß sie jetzt bei jedem Wetter benutzbar sind. Heute schon können 240 Personen zugleich Ringtennis spielen. Um die verschiedenen Sportarten im Rheinstrandbad Rappenswirt festhaft zu machen, wurden ein Fußballplatz und eine neue Bootslandeestelle für Sport- und Kegelboote erstellt. Großen Anklang dürften die um die Insel geführten Strandwege finden, von denen aus man die Schönheiten dieses paradiesischen Fleckens am Rhein genießen kann. Am Rheinufer selbst sieht man eine neue Rappellallee in Doppelreihen erstehen.

Die neuen Bilanzvorschriften in betriebswirtschaftlicher Kritik. Über dieses Thema sprach auf Einladung der Handelskammer Karlsruhe Prof. Dr. Heinrich Sommerfeld von der Handelshochschule Mannheim im großen Sitzungssaal der Handelskammer. Der Vortragende, der als Dozent und Universitätsprofessor für Betriebswirtschaftslehre einen ausgezeichneten Ruf genießt, hat den zahlreichen erschienenen Zuhörern in hoch interessanten und klaren Ausführungen manche Auffklärung und Anregung.

Wegen groben Unfalls wurde der Ingenieur Ant. Schneider von hier zu 14 Tagen Haft verurteilt. Er hatte am 11. März im Bahnhofrestaurant beleidigende Äußerungen über den Reichspräsidenten von Hindenburg gemacht. Da der Reichspräsident keinen Strafantrag stellte, beurteilte das Gericht den Angeklagten unter dem Gesichtspunkt des groben Unfalls.

Die Stelle des Kammerverwalters für den Kreisbezirk I des Amtsbezirks Schopfheim ist infolge Verfehlung des bisherigen Kreisverwalters neu zu besetzen. Bewerbungen sind bis spätestens 1. Juni 1932 unter Beifügung der in § 7 der Kammerverordnungen näher bezeichneten Unterlagen bei uns einzureichen.
Schopfheim, den 27. Mai 1932. R. 977
Bad. Bezirksamt.

Einladung für die 8. ordentliche Generalversammlung

der Landesbank für Haus- und Grundbesitz e. G. m. b. H., Karlsruhe
am Montag, den 6. Juni 1932, nachm. 3 Uhr, im Saal d. Gasthauses „Zum Krotzob“ in Karlsruhe, Eingang Blumenstr.

- Tagesordnung:
- Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr 1931, Vorlage der Vermögensaufstellung und der Gewinn- und Verlustrechnung.
 - Genehmigung der Vermögensaufstellung, Entlastung des Vorstandes.
 - Beschlußfassung über die Gewinn- u. Verlustrechnung.
 - Beschlußfassung über die Änderung des § 30 der Satzung (Geschäftsanteil, Leistung auf den Geschäftsanteil).
 - Beschlußfassung und Erklärung des Aufsichtsrates über den Revisionsbericht des Verbandesrevisors.
 - Aufsichtsrats-Neuwahlen.
 - Verchiedenes.

Karlsruhe, den 23. Mai 1932. R. 886
Der Aufsichtsrat:
Dr. Eugen Weingart, Rechtsanwalt, Vorsitzender.

Die Teilnehmer an der Generalversammlung haben sich am Saaleingang durch Vorzeigen des blauen Stammanteilsbuches auszuweisen.

Steinhauser Geldlotterie. Ziehung 21. Mai 1932 in Waldsee.

In die für Baden zugelassenen Lose fielen nachstehende Gewinne: 50 RM und Prämie 500 RM: Nr. 26 766; 100 RM: Nr. 8 223; 10 RM: Nr. 8 151; Je 5 RM: Nr. 1 376, 8 922, 15 157, 26 586, 38 641, 38 954; Je 2 RM: Nr. 1 022, 1 289, 8 247, 8 329, 8 370, 8 399, 8 472, 26 085, 26 223, 26 546, 26 587, 26 740, 33 247, 33 268, 33 658, 33 785, 38 082, 38 464, 38 530, 38 569, 38 597; Je 1 RM gewinnen sämtliche Lose mit den dreistelligen Endzahlen 010, 014, 065, 126, 129, 159, 219, 240, 281, 311, 346, 362, 446, 455, 472, 487, 502, 528, 537, 565, 574, 598, 600, 628, 712, 768, 780, 792, 796, 802, 844, 924, 954, 966, 987. Ferner 1 RM: Nr. 38 935. R. 889

Gemeindesparkasse Grötzingen

Bilanz auf 31. Dezember 1931

Vermögen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
Kassenvorrat	8 926,78	Spareinlagen	1 271 705,85
Guthaben bei Banken und Postkassen	1 481,26	Giroeinlagen	41 177,61
Wertpapiere	4 301,—	Kontoforrenteinlagen	249,47
Wechsel	924,—	Anleihenkapitalien	53 097,96
Darlehen in laufender Rechnung	59 219,33	Aufwertungsabrechnungsfondo	17 947,98
Hypotheken	984 058,62	Reinvermögen	98 262,57
Schuldendarlehen	183 829,56		
Gemeindedarlehen	19 000,—		
Einlage beim Giroverband	35 100,—		
Einnahmerückstände	27 800,88		
Grundstücke und Gebäude	122 000,—		
Geräte	5 800,—		
	1 482 441,43		1 482 441,43

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage muß betragen:
5% aus 1 313 132,93 RM . . . = 65 656,65 RM
Sie beträgt 98 262,57 RM
somit mehr 32 605,92 RM
Grötzingen, den 20. Mai 1932. R. 969

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Jäd.
Der Geschäftsführer: Gebhard.

Das Uniformverbot. Der Polizeibericht teilt mit: Ein lediger 18 Jahre alter Kaufmann aus Offen wurde festgenommen und dem Schnellrichter vorgeführt, weil er außerhalb seiner Wohnung eine Kleidung trug, die als Uniform anzusprechen war, und weil er sich damit in hiesigen Straßen in einer Art und Weise bewegte, in der eine Demonstration gegen das S.A.-Verbot zu erblicken war.

Badisches Landestheater. Die letzten beiden Spielabende des Mai bringen am Montag, dem 30. Mai, eine Volksbühnen-Vorstellung der Operette „Der Zigeunerbaron“ und am Dienstag, dem 31. Mai, eine Wiederholung des Lustspiels „Wenn der junge Wein blüht“ von Björnson. Für die ersten Tage des Juni sind Wiederholungen von Wagners Oper „Rienzi“ am Mittwoch, dem 1. von Offenbachs Oper „Hoffmanns Erzählungen“ am Donnerstag dem 2., und des „Spiels aus romantischer Zeit mit Musik“: „Die drei Mädel“ von Ralph Benatzky am Freitag, dem 3., und Samstag, dem 4. Juni. — Am Sonntag, dem 5. Juni, wird neuinszeniert die Operette „Das Dreimäderlhaus“ von Schubert-Verte zum erstenmal wieder in Szene gehen. — In Vorbereitung befindet sich eine Neueinstudierung von Müller-Schlössers vor mehr als zwanzig Jahren hier erkaufte Komödie „Schneider Wibbel“ und ein Arthur-Schnitzler-Abend, an dem auch des kürzlich verstorbenen Dichters einaktige Tragikomödie „Der grüne Kaktus“ zur hiesigen Erstaufführung gelangen soll.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Samstagmorgen: Bei stetig steigendem Luftdruck ist das Wetter jetzt um ein Geringses besser geworden. In einzelnen Gegenden Badens blieb es schon gestern trocken. Die Besserung ist aber noch nicht gesichert und hängt von dem weiteren Ver-

halten einer noch über der Nordsee liegenden Tiefkern ab. Wetterausblick für Sonntag: Fortdauer des bestehenden Witterungscharakters, etwas wärmer.

Staatsanzeiger

Der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung in Hamburg wurde die Erlaubnis zum Losbetrieb in Baden erteilt. Karlsruhe, den 19. Mai 1932.
Der Minister des Innern.

Badisches Landestheater Karlsruhe

Spielplan vom 31. Mai bis 5. Juni.
Im Landestheater:
Dienstag, 31. Mai. * E 27. Th.-Gem. 901—1100. Wenn der junge Wein blüht. Lustspiel von Björnson. 20 bis gegen 22. (3,50).
Mittwoch, 1. Juni. * A 30 (Mittwochnacht). Th.-Gem. III. S.-Gr., 2. Hälfte. Rienzi. Von Wagner. 19—22.30. (5,70).
Donnerstag, 2. Juni. * D 30 (Donnerstagnacht). Th.-Gem. 101—200. Hoffmanns Erzählungen. Von Offenbach. 20 bis gegen 22.30. (5,70).
Freitag, 3. Juni. Außer Miete. Die drei Mädel. Ein Spiel von Benatzky. 20—22.45. (4,20).
Samstag, 4. Juni. Außer Miete. Die drei Mädel. Ein Spiel von Benatzky. 20—22.45. (4,20).
Sonntag, 5. Juni. Außer Miete. Neu einstudiert: Dreimäderlhaus. Singpiel von Schubert-Verte. 20—22.45. (4,20).

Spargelbau- und Absatzgenossenschaft des Schwetzingener Anbaugesbietes e. G. m. b. H.

Frischversand von garantiert echtem Schwetzingener Spargel direkt vom Pflanzler
Telephonbestellungen an Nr. 559 Schwetzingen
Täglich abends 5—7 Uhr Schwetzingener Spargelmarkt

C. 90. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Schuhhaus Gfka, Inh. Kaufmann Gottlob Lang, Karlsruhe, Erbprinzenstraße 31, ist zur Abnahme der Schlussrechnung zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden beherrschenden Forderungen, die Festsetzung der Vergütungen der Gläubigeruntersuchungsglieder, sowie Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Verwalters Schlusstermin bestimmt auf: Mittwoch, 22. Juni 1932, nachmittags 4 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestraße 8, 2. Stock, Zimmer Nr. 150. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. 4.

Schwetzingen. R. 975
Güterrechtsregisteramttrag Bd. III S. 13: Riba von Heinrich, Kaufmann in Schwetzingen und Luise geb. Schuß, Vertrag vom 18. Mai 1932: Gütertrennung.
Schwetzingen, 24. Mai 1932. Bad. Amtsgericht I.

Eberbach. R. 974
Rechtsregisteramttrag: „Eugl. Gemeindeverein der Kirchspiele Strümpfelbrunn, Waldenbach und Oberdieselbach“ mit dem Sitz zu Strümpfelbrunn.
Eberbach, 20. Mai 1932. Amtsgericht.

Gehwegplatten
Karlsruher Stadtplatten liefert
Rheinische Asphalt- und Zementplattenfabrik
G. m. b. H.
Karlsruhe-Hafen



Badisches Landestheater
Sonntag, den 29. Mai 1932
Außer Miete

Die drei Mädel
Ein Spiel von Benatzky
Dirigent: Schwarz
Regie: Dr. Waag
Mitwirkende:
Genter, Jant, Kuhlmann, Rademacher, Seiberlich, Vurf, Krager, E. Rivinius, J. Sonntag, Brand, Friedrich, Gemmede, J. Gröhinger, Hofpach, Klobbe, Kühne, Rehner, P. Müller, Kuntzig, Krüger, Schulze, S. Rindemann, S. Müller, S. Rivinius, N. Sonntag

Anfang 19 1/2 Ende 22 1/2
Preise B (0,70—4,20 RM)
Montag, den 30. Mai 1932
Der Zigeunerbaron
Komische Oper von Joh. Strauß
Dirigent: Krips
Spielleitung: Kruschka
Mitwirkende:
Fischerbach, Haberfort, Reich, Dörich, Vurf, J. Gröhinger, Hofpach, Kiefer, Köfer, Kuntzig, Schoepf, G. Grötzing, Kllan, Rindemann, Schäfer.
Anfang 20 Ende 22 1/2
Preise D (0,90—5,70 RM)

Die 31.5. Wenn der junge Wein blüht. Ri. 1.6. Rienzi. Do. 2.6. Hoffmanns Erzählungen. Fr. 3. 6. Die drei Mädel. Sa. 4. 6. Die drei Mädel. So. 5. 6. Neu einstudiert: Das Dreimäderlhaus.

Öffentliche Sparkasse des Bezirks Breisach in Breisach
Bilanz auf 31. Dezember 1931

Vermögen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
1. Kassenbestand	6 017,71	1. Spareinlagen	1 345 807,55
2. Guthaben bei Girozentralen, Banken u. Postspardamt	127 920,51	2. Aufw.-Spareinlagen	860 779,23
3. Wechsel	52 928,20	Giro- und Kontoforrenteinlagen	205 264,37
4. Darlehen auf Hypothek	1 430 049,33	Anleihen u. and. Schulden (Dollarschuldungsfreid f. d. Landwirtschaft)	223 321,03
5. Darlehen in laufender Rechnung an Private	347 435,59	a) gesetzl. Reservefonds	192 948,09
6. Darlehen a. Schuldversch.	41 782,15	b) Sonderrücklage	12 563,53
7. Darlehen a. Gemeinden	251 859,—	c) Delcrederekonto	30 000,—
8. Aufwertungsabrechnungsfondo	620 819,65	d) Aufwertungsabrechnungsfondo	31 807,54
9. Einnahmerückstände	18 584,86	6. Reingewinn v. Jahre 1931	38 833,30
10. Grundstücke u. Gebäude	43 916,64		
11. Gerätschaften	1,—		
	2 941 314,64		2 941 314,64

Berechnung der Rücklage:

Die satzungsgemäße Rücklage hat zu betragen:
8% aus 2 411 851,15 RM Einlagen . . . = 192 948,09 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1931 . . . 244 334,92 RM
Breisach, 21. Mai 1932. R. 971

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: gez. Meyer
Der Geschäftsführer: gez. Braun.

Staatstechnikum BADISCHE HÖHERE TECHN. LEHRANSTALT Karlsruhe, Moltkestraße 9

Anmeldungen zum Besuch der Anstalt im bevorstehenden Winter-Studienhalbjahr sind schriftlich bis zum 15. Juni 1932 an die Direktion zu richten.

Die Aufnahmeprüfungen für die Fachklassen sowie die Nachprüfungen finden am Donnerstag, den 13. bis Freitag, den 14. Oktober 1932 und die Aufnahmeprüfungen für die Vorbereitungs-klassen Samstag, den 15. Oktober 1932, statt.

Die Einweisung der Studierenden ist am Montag, den 17. Oktober 1932, 10 Uhr.
Der Unterricht beginnt am Montag, den 17. Oktober 1932, 14 Uhr.
Alles Nähere ist aus dem Programm ersichtlich, das gegen Voreinsendung einer Gebühr von 0,50 RM zuzüglich Porto erhältlich ist.
Karlsruhe, im Mai 1932. R. 891

Die Direktion:
A. Eisenlohr.

Süddeutsche Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft, Sektion 4

Einladung
Mit Bezugnahme auf die Vorschriften des § 22 der Satzung werden die Mitglieder der Sektion hierdurch zu der am Donnerstag, den 16. Juni 1932, vormittags 11 Uhr, in Mannheim, im Besprechungsraum des Reichsvereins deutscher Ingenieure, Otto-Weid-Str. 21, stattfindenden

46. ordentl. Sektions-Versammlung eingeladen.

Tagesordnung:
1. Verwaltungsbericht für 1931.
2. Abnahme der Jahresrechnung für 1931.
3. Aufstellung des Voranschlags für 1932.
4. Wahl des Rechnungsprüfungs-Ausschusses für 1932.
5. Laufende Verwaltungsangelegenheiten; Anfragen aus dem Kreise der Mitglieder.

Als Ausweis dient der Mitgliedschein; Bevollmächtigte haben sich durch schriftliche Vollmachten auszuweisen. Den an der Sektionsversammlung nicht teilnehmenden Mitgliedern wird der Verwaltungsbericht, soweit vorrätig, auf Antrag als Drucksache zugesandt. R. 888
Mannheim, den 27. Mai 1932.

Der Sektionsvorstand:
Fröber, Vorsitzender.

Drud G. Braun, Karlsruhe